



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)

und Antwort

**der Landesregierung - Ministerin für Allgemeine und Berufliche
Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (MBWFK)**

Erinnerungskultur braucht Verlässlichkeit - Zukunft der Grenzdokumentations- Stätte Lübeck-Schlutup

Vorbemerkung des Fragestellers:

Die Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup (GDS) dokumentiert die Geschichte der innerdeutschen Grenze unmittelbar am historischen Ort. Das ehemalige Zolldienstgebäude ist nach Angaben der Hansestadt Lübeck das einzige erhaltene Gebäude des westdeutschen Teils des ehemaligen Grenzübergangs. Die Hansestadt Lübeck bemüht sich gemeinsam mit dem Verein Politische Memoriale e.V. um ein neues Trägermodell. Vorgesehen ist ein länderübergreifendes Grenzmuseum mit den Standorten Lübeck-Schlutup und Schlagsdorf. Die Hansestadt Lübeck will das Gebäude einschließlich der Bewirtschaftung und einer Personalstelle einbringen.

1. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup bei und hält sie einen dauerhaften Betrieb des Standortes für erinnerungspolitisch notwendig?

Antwort:

Die Landesregierung hat im September 2026 dem Landtag die „Anpassung des Landesgedenkstättenkonzeptes“ (Drucksache [20/4740](#)) übersandt. Dessen Schwerpunkt liegt nach wie vor auf Lernorten der historisch-politischen Bildung zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Die Debatte um die neue Bundesgedenkstättenkonzeption aufgreifend wurde klar gestellt, dass eine Diskussion um eine inhaltliche Erweiterung auf Landesebene erst im Zuge einer Neukonzeptionierung mit Perspektive 2030 erfolgen kann. Schon jetzt wird aber die Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup unter dem Aspekt deutsch-deutsche Teilungsgeschichte in der Anpassung als einziger Lernort in Schleswig-Holstein erwähnt, der an die (Grenz-) Verbrechen der SED-Diktatur erinnert.

2. Steht die Landesregierung grundsätzlich hinter dem geplanten länderübergreifenden Grenzmuseum mit den Standorten Lübeck-Schlutup und Schlagsdorf?

Antwort:

Das Vorhaben wird grundsätzlich unterstützt.

3. Ist die Landesregierung bereit, das geplante länderübergreifende Museum institutionell zu fördern? Falls ja, in welcher Höhe? Falls nein, warum nicht?

Antwort:

In der mittelfristigen Finanzplanung sind bislang für das Projekt ab 2028 75 T€ pro Jahr vorgesehen.

4. Welche Eigenleistungen und Eigenmittel erwartet die Landesregierung vom künftigen Träger?

Antwort:

Art und Höhe von Eigenleistungen werden Gegenstand der weiteren Abstimmungen mit den beteiligten Akteuren sein.

5. Welche konkreten Voraussetzungen müssen nach Auffassung der Landesregierung bis Ende 2027 erfüllt sein, damit der gemeinsame Museumsbetrieb zum 1. Januar 2028 aufgenommen werden kann?

Antwort:

Welche konkreten Voraussetzungen bis Ende 2027 erfüllt sein müssen, wird Gegenstand weiterer Abstimmungen mit den beteiligten Akteuren aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sein. Nach Auffassung der Landesregierung sind die folgenden Voraussetzungen hierbei wichtig: Verständigung aller beteiligten Akteure aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein auf ein konkretes Konzept und das weitere Vorgehen. Hierzu gehört auch die Fertigstellung einer neuen Dauerausstellung, die Erfüllung der rechtlichen Rahmenbedingungen (insbesondere Kooperationsvereinbarung zwischen der Hansestadt Lübeck und Politische Memorial e.V.) sowie eine ausreichend gesicherte Finanzierung.

6. Mit welchen Folgen rechnet die Landesregierung für die Gedenkarbeit und die Grenzdokumentationsstätte, falls der Betrieb durch fehlende finanzielle Mittel oder fehlende organisatorische Voraussetzungen nicht rechtzeitig aufgenommen werden kann?

Antwort:

Es handelt sich hier um ein ehemaliges Zollgebäude am früheren innerdeutschen Grenzverlauf zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, das im engeren Sinn keinen historischen („authentischen“) Ort der Verbrechen der SED-Diktatur symbolisiert. Schülerinnen und Schülern soll gerade auch das Wissen um die jüngere deutsche Geschichte als Teil der Demokratiebildung vermittelt werden. Schon jetzt werden Schulfahrten nach Schlagsdorf durch das MBWFK gefördert. Ziel ist es, zukünftig eine gemeinsame Bildungsarbeit beider Länder zu erreichen.